



## Presseinformation

Nr. 467/2011

Kiel, Freitag, 16. September 2011

Soziales / Berufsordnung für Pflegeberufe

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Günther Hildebrand, MdL**  
Stellvertretender Vorsitzender

**Katharina Loedige, MdL**  
Parlamentarische Geschäftsführerin

### Anita Klahn: Eine Berufsordnung führt nicht zu Verbesserungen im Pflegebereich

In ihrer Rede zu **TOP 32** (Berufsordnung für Pflegeberufe) sagt die sozialpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Das Thema Pflege steht in unserer älter werdenden Gesellschaft zunehmend im Fokus der öffentlichen Diskussion und damit natürlich auch die Frage nach den fachlichen und persönlichen Anforderungen an die Pflegenden.“ Die Koalition reformiere die Altenpflegehilfeausbildung dahingehend, dass der Seiteneinstieg erleichtert und Berufserfahrene die Ausbildung schneller als normal abschließen könnten. Die Landesregierung habe außerdem trotz der notwendigen Konsolidierung die Anzahl der staatlich geförderten Ausbildungsplätze auf immerhin 1.200 erhöht, um dem Fachkräftemangel in diesem Bereich Rechnung zu tragen. Pflegepolitik sei ein klarer Schwerpunkt der Landesregierung.

„Was will die SPD mit ihrem recht dünnen und aus unserer Sicht inhaltlich nicht ausgereiften Antrag zur Einführung einer Berufsordnung für Pflegeberufe erreichen? Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände formulierte im Rahmen der durchgeführten Anhörung sehr deutlich, dass Verbesserungen im Pflegebereich durch eine Berufsordnung nicht gesehen werden.“ Diese Aussage habe die FDP-Fraktion in ihrer Auffassung bestärkt, dass eine Berufsordnung nicht zur Weiterentwicklung der Pflege beitrage, erklärt Klahn.

„In aller Kürze möchte ich auch noch mal die Kritikpunkte an einer solchen Berufsordnung aufgreifen: Eine solche Berufsordnung würde unnötige Bürokratie ohne entsprechenden Nutzen auf der anderen Seite schaffen. Wir benötigen keine Berufsordnung, um die Fortbildungsverpflichtungen zu sichern, da dies alles bereits im Pflegegesetzbuch und im Selbstbestimmungsstärkungsgesetz geregelt ist.“ Im Übrigen habe die SPD bis jetzt die Frage nicht beantworten können, warum der Staat eine solche Berufsordnung erlassen müsse. Warum sollten sich die entsprechenden Berufsverbände nicht selbst eine Berufsordnung geben, wenn ihnen dies sinnvoll erschiene, fragt Klahn abschließend.